

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 276.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Druckerei für Halle a. S. Breite 2,50 Mt., durch die Post bezogen 3 Mt., für das Reichsgebiet 30 Pf., außerdem 20 Pf. Postlohn am Ende des Monats. Halle a. S. Postfach 100. Halle a. S. Postfach 100. Halle a. S. Postfach 100.

Zweite Ausgabe

Einzelgebühren: 1. halbjährliche Beiträge oder deren Raum 1. Halle a. S. Postfach 100. Halle a. S. Postfach 100. Halle a. S. Postfach 100.

Verlagsstelle in Halle a. S.: Verlagsstraße 87, Hinterhaus. Telefon 153; Redaktions-Zustellen 127a. Eing. Nr. 276. Verlagsleiter: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Mittwoch, 16. Juni 1909.

Verlagsstelle in Berlin: Postfach 14. Telefon Nr. VI 11 49. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Rückgang der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Dass die Räume der sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht in den Sinn wachsen, das haben zum Gegen der deutschen Volkswirtschaft und des Deutschen Reiches die immer mehr erstarrenden Arbeitgeberorganisationen bemerkt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften für das Erstarren der Arbeitgeberverbände die besten Motoren. So erfreulich es ist, daß der Solidaritätsbewußte auch unter den Arbeitgebern wächst, so wenig läßt sich leugnen, daß ein Teil der Arbeitgeber in unrichtiger Überzeugung nicht nach abwärts sieht. Seine Begreiflichkeit wird nicht mehr, daß die Arbeitgeberverbände ein notwendiger Bestandteil sind, daß sie dem Wirtum der sozialdemokratischen Gewerkschaften einen wirksamen Damm entgegenstellen haben. Insbesondere erfreulich ist, daß die Arbeitgeberverbände trotz der niedergebenden Konjunktur nicht nur nicht nach außen recht gefestigt dastehen und keine Schwäche erkennen haben.

Dagegen haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften im großen und ganzen nicht nur keine Vermehrung, sondern zum großen Teil einen erheblichen Rückgang aufzuweisen. Schon im vorigen Jahre mußte in seinem Jahresberichte das „Korrespondenzblatt der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“ konstatieren, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht den „stürmischen Verlauf“ der Vorjahre genommen habe. In diesem Jahre muß der Bericht des Korrespondenzblattes noch viel betrüblicher lauten.

Ganz besonders wird der Rückgang der sozialdemokratischen Gewerkschaften illustriert durch den Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission, welche die 73 der General-Kommission angegliederten Gewerkschaften im vorletzten Jahre in Berlin eine Mitgliederzahl von 236 980, so haben sie im letzten Jahre einen Verlust von über 12 000 Mitgliedern aufzuweisen. Der größten Verlust hat die Organisation der Knäuelarbeiter erlitten.

Ganz besonders sichtbar ist der Rückgang der Gewerkschaften unter den weiblichen Mitgliedern gewesen. Dem Rückgang entsprechend haben sich auch die finanziellen Einnahmen gestaltet. Die Einnahmen an Mitgliedsbeiträgen sind um fast ¼ Millionen Mark zurückgegangen. Ganz ähnliche Erscheinungen weist die im Korrespondenzblatt veröffentlichte Statistik über die Entwicklung der Gewerkschaftsstatistik im Jahre 1908 auf. Im Jahre 1907 betrug der Mitgliederbestand der Gewerkschaftsstatistik, soweit die der General-Kommission angeschlossenen Gewerkschaften in Betracht kommen, 1 590 063, das Jahr 1908 brachte eine Verringerung des Mitgliederstandes um 14 962.

Wenn man sich die Finanzgebarung der Gewerkschaften etwas näher ansieht, wird man finden, daß diesmal die Arbeitslosenunterstützung einen ganz bedeutenden Teil des Ausgabebudgets ausmacht. Diese Zahlen sind von den Gewerkschaftsführern immer wieder in der Öffentlichkeit hervorzuheben worden, und sie haben sich damit bestätigt, daß sie dem Staat und der Gemeinde durch ihre Arbeitslosenunterstützung eine bedeutende Erleichterung der Armenunterstützung schaffen. Wir sind nicht so naiv, den Gewerkschaften zu glauben, daß sie es als ihre Aufgabe betrachten, dem Staat und der Gemeinde in der Durchführung öffentlicher Aufgaben zu helfen. Die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften ist am letzten Ende doch weiter nichts als eine verkappte Streifenunterstützung, durch welche die Gewerkschaften ihre Mitglieder fest an sich halten wollen.

Die Ausgaben für Streiks sind zwar zurückgegangen, vorzuziehen aber immer noch ziemlich erheblich an den Gesamtausgaben. Wie die amtliche Streifenstatistik für das Jahr 1908 ausweist, führten die Gewerkschaften im letzten Berichtsjahre 373 Streiks mit Erfolg zu Ende, teilweisen Erfolg hatten 930 und keinen Erfolg 368 Streiks. Dagegen hatten von den Ausprägungen 100 vollen Erfolg, 8 teilweisen und 8 keinen Erfolg. Das beweist aufs Klarste, daß die Arbeitgeberverbände ganz erhebliche Greifen gewinn aufweisen können. Die Arbeitgeberverbände greifen gewinn nicht gern zu dem äußersten Mittel der Ausprägung, wenn jedoch nun einmal die Mächte der sozialdemokratischen Gewerkschaften darauf hinauslaufen, unter keinen Umständen will der Arbeitgeberverband dauernden Frieden zu halten, so müssen die Arbeitgeberverbände immer die härteste Waffe in Bereitschaft haben. Erst wenn es gelungen sein wird, die Arbeitgeberverbände vollständig zu organisieren, dann werden vielleicht die Streiks nicht mehr mit der Regelmäßigkeit wiederkehren, wie wir dies heute beobachten können. Und das wird sicherlich zum Segen der deutschen Volkswirtschaft und nicht in letzter Linie zum Segen der Arbeiterklasse sein.

Zur Reichsfinanzreform

Die am Montag zur Ausgabe gelangten „Erfahrungen“ der vier der verbündeten Regierungen

zur Reichsfinanzreform haben von zwei Seiten Befürwortungen erfahren, die auf falscher zahlenmäßiger Grundlage beruhen und deren Richtigkeit sich empfiehlt, bevor die zu Grunde liegenden Erörterungen weitere Verbreitung finden.

1. In einer größeren Weise von Zeitungen wird ausgeführt, daß die Anforderungen der verbündeten Regierungen aus der neuen Erbschaftsteuerreform nicht so wenig mehr als die Hälfte dessen ausmachten, was im November v. J. aus der zunächst eingebrachten Nachschußsteuer verlangt sei. Diese Angabe ist unrichtig. Der am 3. November dem Reichstag vorgelegte Nachschußsteuerentwurf sollte nicht, wie hieraus angenommen wird, 100 Millionen, sondern netto 63 Millionen, nämlich ¼ von 84 Millionen erbringen. Die neue Vorlage soll 55 Millionen Mark netto abwerfen. Der Unterschied beträgt also nur 8 Millionen Mark und erklärt sich aus den verschiedenen vorgehenden Bereinigungen, sowie vor allem daraus, daß in den unteren Vermögensstufen die größere Kinderzahl ein Nachschuß zukünftig frei bleibt, der nach dem ersten Entwurf der Besteuerung unterworfen wäre. Diese Ermäßigungen sind nicht von der finanziellen Tragweite, die vielfach angenommen wird, und sie beziehen sich, was besonders hervorzuheben sei, in keiner Weise auf die Steuerfüße. — Die neuen Vermögensverhältnisse — Abgabe vom Besitz nach Maßgabe der gegen Feuer versicherten Werte und Erhöhung des Erbschaftsteuereinzugs — bieten also weniger zur Reduzierung dieser Verminderung, als vielmehr zum Ersatz für den Nachschußsteuerentwurf und den Gesetzentwurf über das Erbschaft des Staates.

2. Von der entgegengesetzten Seite wird behauptet, die vorgeschlagene Stempelabgabe auf Feuerversicherungsquittungen treffe ganz überwiegend das Immobilienvermögen. Auch diese Angabe ist unrichtig. Der immobilen und mobile Besitz werden zu dieser Abgabe ungefähr gleichmäßig beitragen. Es bezieht aber nicht für ganz Deutschland eine Statistik über die gegen Feuer versicherten Werte, wohl aber für eine Reihe von Bundesstaaten, und aus diesen statistischen Angaben ergibt sich, daß durchschnittlich Mobilien und Immobilien je die Hälfte der versicherten Summe ausmachen. In Bayern entfallen auf Immobilien 48,6 auf Mobilien 51,4 Proz., in Württemberg auf Immobilien 48,71 auf Mobilien 51,29 Proz., in Sachsen 51,90 bezw. 48,10 Proz., in Baden 52,61 bezw. 47,39 Proz., in Berlin 52,29 bezw. 47,71 Proz. Die verhältnismäßig hohe Lebensversicherung dieser Zahlen läßt darauf schließen, daß es sich hier um einen allgemeinen Erbschaft handelt, und daß man den Gebührensbeitrag als ungefähr zu gleichen Teilen von der Abgabe betroffen ansehen kann wie den an Mobilien und Vorläufen.

Wie Berliner Morgenblätter noch behaupten, seien im Laufe des gestrigen Tages fast alle Fraktionen des Reichstags zu Beratungen über die Finanzreform zusammengetreten. Angehört sei die nationalliberale Fraktion einstimmig entlassen, an der Erbschaftsteuer für Ehegatten und Kinder festzuhalten. Abg. Bahrmann werde heute, Mittwoch, eine entsprechende Erklärung im Reichstag abgeben.

Hochmoore für deutsche Anstifter.

Wie die „Zit.“ erzählt, haben die jetzt abgefallenen Verträge der Moorversteigerung Bremen in Hofstein ganz überraschend hervorragende Resultate ergeben. Auf den Hochmooren in Hofstein wurden mit der Anlage von Weiden und Weiden so günstige Erfolge erzielt, daß man ohne Ubertreibung sagen kann, daß die angelegten Flächen den besten March- und Naturweiden gleichkommen. Da die Hochmoore in Schleswig in den dänischen Kreisen dieselben Vorbereitungen aufzuweisen wie die in Hofstein, was in den gleichen günstigen klimatischen Verhältnissen zum Teil zu suchen ist, so denkt man daran, diese günstigen Umstände zur Anpflanzung von deutschen Landwirten in den ungenutzten Gebieten auszunutzen. Durch die Urbarmachung der ausgedehnten Moorflächen, die als Weiden und Weiden ganz ertragsreiche Erträge liefern, wird ein ganz bedeutendes deutsches Landwirtum eine profitable Grundlage für das wirtschaftliche Ertragsnis geben. Da hinzu kommt, daß die Gebeländereien gleichfalls sehr gut als Acker zu benutzen sind, nach rationaler Behandlung, so ergibt sich hieraus, daß den Anstiftern der nötige Ackerfrucht Getreide pp. und, was in dortiger Gegend besonders wichtig ist, vor allem auch Weizen zur Viehzucht zur Verfügung stehen können. Es ist dabei zu bemerken, daß die Ansicht, die dortigen Gebeländereien eigneten sich mehr für die Forstwirtschaft wie für die Landwirtschaft, nicht zutrifft. Gerade auf die Nutzbarmachung für die Landwirtschaft als Acker wird das größte Gewicht zu legen sein, da sich die Erträge hierdurch viel bedeutender gestalten.

Deutsches Reich.

Der Senatorenkonvent des Reichstags trat Dienstag nachmittag um 1½ Uhr in einer kurzen Sitzung zusammen und beschloß, auf die heutige Tagesordnung die drei neuen Steuererträge zu bringen. Es wurde sodann darüber beraten, ob nach den Worten des Reichstagspräsidenten und des Schatzsekretärs die Verhandlungen, welche nicht praktisch sind, es erziehen aber diese Maßnahmen nicht praktisch und man beschloß, den Anfang der Sitzung auf 2 Uhr festzusetzen und die weitere Entwicklung abzuwarten. In

einen Tagen wird der Senatorenkonvent wieder zusammentreten, um dann über die weitere Abmilderung der Gehaltssteuern und über die Frage einer Baulei zu beraten. * **Unlauterer Wettbewerb.** Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ein Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb.

* **Der Kaiser und der Zar.** Seine Majestät der Kaiser traf Dienstag abend um 7 Uhr in Neufahrwasser ein und begab sich sofort an Bord der „Gohenzollern“. Das Kaiserergewandbergung um 8½ Uhr in See.

* **Prinz Heinrich in Wien.** Kaiser Franz Josef fuhr am Dienstag bei dem Hotel vor, in dem Prinz Heinrich von Preußen Wohnung genommen hat, und gab für den Bringen, der abwesend war, seine Karte ab. — Um 1 Uhr mittags gab Hofkaplan von Tschirsky ein Frühstück, welchem Prinz Heinrich, Erzherzog Leopold Saluator, der bayerische Befehlshaber Freiherr von Linder und die Herren der deutschen Botschaft, sowie der Kommandeur des den Namen des Bringen tragenden Infanterie-Regiments Nr. 20 teilnahmen. — Die Teilnehmer der Prinz-Heinrichsfahrt waren mittags Gäste des Wiener Korpskommandanten Generals der Infanterie von Versbach. Unter anderen wohnten dem Dineer der Herzog von Ratibor und der deutsche Militärattaché von Wilow bei. Der Korpskommandant brachte einen Trinkbräu auf die verbündeten und befreundeten Monarchen aus und begrüßte sodann die Gäste, deren Anwesenheit ihm eine wahrhaft kameradschaftliche Freude bereite. Er betraute jede Begegnung als erfreulichen Anlaß zur Befestigung der Hochachtung und Anhänglichkeit für die deutsche Armee, mit welcher das österreichisch-ungarische Heer immer verbunden sei. Der Korpskommandant sprach die Hoffnung aus, daß die gegenseitigen Freundschaftsbände unzerreißbar würden. Der Herzog von Ratibor erwiderte, die Teilnehmer an der Prinz-Heinrichsfahrt seien nicht nur wegen der Gerlichkeitens Wiens gekommen, sondern auch die Freundschaftsbände zwischen dem Kaiserlichen und dem österreichischen Automobilklub, zwischen den beiden Armeen, vor allem aber die große Liebe und Verehrung zu Kaiser Franz Josef hätten sie mächtig angezogen. Der Herzog schloß mit den Worten des Korpskommandanten über die treue Kameradschaft zwischen den beiden Armeen an und traut auf das Wohl des Gastes und der österreichisch-ungarischen Armee, besonders des Wiener Korps.

* **Fürst von Wilow und Kardinal von Kopp.** Kardinalfürstbischof von Breslau Dr. v. Kopp richtete am Montag folgendes Telegramm an den Reichsanzeiger Fürst v. Wilow:

„Begrüße dankbar Euer Zuspruch zum Krankenbette bei langsam fortschreitender Genesung. Kardinal Kopp.“

Der Reichsanzeiger erwiderte telegraphisch:

„Aufrecht erfreut, von Euer Eminenz wieder direkt zu hören, danke ich herzlich für freundliche Begrüßung. Möchten Euer Eminenz recht bald wieder in voller Kraft für das Wohl Ihrer Diözesen und des Vaterlandes wirken können.“

* **Zum Fall Sammann** schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Die Strafammer des Landgerichts Berlin I hat beschlossen, gegen Geheimrat Sammann das Strafverfahren wegen Weineids zu eröffnen. Geheimrat Sammann teilt dies selbst der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit und bemerkt, er beantrage scharfste Verurteilung der Hauptverhandlung, die ihn aus einer seine amtliche und bürgerliche Ehre bedrohende Lage befreie.

* **Zum Tode des Präsidenten von Preußen.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet: Der deutsche Gesandte in Brasilien, Graf Arco, ist beauftragt worden, der Witwe des dahingeschiedenen Präsidenten und der brasilianischen Regierung das Beileid Er. Majestät des Kaisers und der deutschen Regierung auszubringen. — Sobann bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Nachruf für den verstorbenen Präsidenten von Preußen: Unter seiner Leitung gestalteten sich die Beziehungen Preußens zu Deutschland fortgesetzt freundschaftlicher; ihm ist es auch in erster Reihe zu danken, daß in Brasilien über Deutschland und die Beziehungen der deutschen Politik, die früher oft genug verächtlich worden waren, verständliche Anschauungen bürgerlich. Dem treuen Patrioten und ergebenen Anner seines Landes und Volkes wird bei uns ein warmes Gedenken bewahrt bleiben.

Deutscher Reichstag.

261. Sitzung vom 15. Juni, 2 Uhr.
Am Bundesratssitzung: von Wetmann-Gollweg, Freiherr von Brandenstein, Graf Lerchenfeld, Dr. Fischer u. a.

Das Haus ist gut besucht.
Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf auf die während der Ferien verstorbenen Abgeordneten (Schulze (natl.), Schmidt-Halle (fr. Wg.) und Göttsch (Gew.)). Das Haus ehrt das Andenken durch Erheben von den Sitzen.

Die medienburgische Verfassungs-Interpellation.
Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Freisinnigen und Nationalliberalen: Dr. Bachnide (fr. Wg.), Vind (natl.) und Reichsgraf von Pottmer (fr. Wg.):

„Was geben der Herr Reichsgraf zu uns nachdem 1. die in dem Bundesratsbeschlusse vom 28. Oktober 1876 ausgesprochene „Erwartung, es werde den Großherzoglich-Medienburgischen Regierung gelingen, eine Veränderung der bestehenden medienburgischen Verfassung mit dem medienburgischen Landtag zu vereinbaren“ — nicht in Erfüllung gegangen ist, und

